



## Keine Sicherheit in der Finanzierung von Frauenhäusern

Frauenhäuser wurden in den 1970er Jahren in Deutschland und anderen west-europäischen Ländern als Zufluchtsstätten für die Frauen und ihre Kinder eingerichtet, die von ihren Ehemännern oder Partnern körperlich und seelisch misshandelt wurden. Wir Sozialdemokraten möchten erreichen, dass Frauenhäuser unabhängig von kommunalen Finanzengpässen sind und in ausreichender Zahl und mit geschultem Fachpersonal eingerichtet werden. **Wie sieht es bei uns im Landkreis aus?** Das Frauenhaus des Landkreises Darmstadt-Dieburg befindet sich in der Nähe von Dieburg. Es bietet Platz für insgesamt 20 Personen. Wenn das Frauenhaus voll belegt ist oder eine Unterbringung im Landkreis aus Sicherheitsgründen nicht ratsam ist, werden Hilfesuchende an andere Frauenhäuser weiter vermittelt. Bis dahin können die betroffenen Frauen und Kinder behelfsmäßig untergebracht werden. Es gibt keine Aufnahmebeschränkungen in Bezug auf Nationalität, Aufenthaltsrecht, Sprachkenntnisse oder Religionszugehörigkeit. Allen betroffenen Frauen gemeinsam ist eine langjährige Gewalterfahrung. Sie sind bei Einzug in das Frauenhaus stark traumatisiert, haben massive Grenzüberschreitungen durch ihre Misshandler erlebt und leiden oft unter Angstzuständen, Depressionen und Schlafstörungen. Allein im Jahr 2009 fanden zudem 56 Kinder im Alter von wenigen Tagen bis zu 16 Jahren Schutz und Begleitung im Frauenhaus des Landkreises. Da diese Kinder und Jugendlichen entweder Opfer oder Zeugen der väterlichen Gewalt waren, sind sie in ihrer körperlichen, geistigen und emotionalen Entwicklung beeinträchtigt. Bei Kleinkindern ist oftmals eine Entwicklungsverzögerung zu beobachten, während Jugendlichen der Abnabelungsprozess von der Mutter durch die erlebte Gewalt erschwert wird.

**Bundespolitik:** Frauenhäuser brauchen eine vernünftige finanzielle Ausstattung. Was geschieht aber? Die schwarz-gelben Fraktionen im Bundestag lehnen Anfang Mai sozialdemokratische Anträge zum Thema unter teils fadenscheinigen Gründen ab. Vorangegangen war ein Antrag der SPD-Fraktion, die Existenz von Frauenhäusern langfristig zu sichern und bei den Bundesländern ein abgestimmtes Vorgehen bei der Finanzierung zu erreichen. Doch auch 34 Jahre nach Gründung der ersten Einrichtung stehen wir an demselben Punkt, nämlich: Wie werden Frauenhäuser finanziert, wenn die Kommunen in haushaltspolitischen Notlagen sind? Immer noch sind Frauenhäuser freiwillige Leistungen von Kommunen und damit von der Streichung bedroht.

Der Europarat hat empfohlen, einen Frauenhausplatz pro 7.500 Einwohnerinnen und Einwohnern bereitzustellen. Gegenwärtig gibt es in Deutschland ca. 330 Frauenhäuser mit insgesamt mehr als 6.400 Frauenhausplätzen sowie ca. 60 Zufluchtswohnungen mit etwa 330 Plätzen. Insgesamt stehen also rund 7.000 Plätze zur Verfügung. Nach der Empfehlung des Europarates sollten ca. 12.000 Plätze zur Verfügung stehen. Dafür und für eine gesicherte Finanzierung werden wir Sozialdemokraten uns auf allen politischen Ebenen konsequent einsetzen.

*Ruth Breyer*

Niemand ist den Frauen gegenüber aggressiver als ein Mann, der sich seiner Männlichkeit nicht ganz sicher ist.

*Simone de Beauvoir*

### Inhaltsverzeichnis

Keine Sicherheit in der Finanzierung von Frauenhäusern	1
Areal Waldeck – Vorgeschichte und Aktuelles	2-3
Mitmachen bei der direkten Demokratie	3
Haupt- und Finanz-Ausschuss / Umwelt-, Entwicklungs- und Bau-Ausschuss	4

### Brigitte Zypries

berichtet

### „Neues aus Berlin“

Bürgerhaus Traisa,

**18. September 2010**

15.00-16.30 Uhr

**Kinder willkommen**

(werden betreut!)

### Impressum

Verantwortlich i.S.d.P.:

Vorstand der SPD Mühltal

**Vorsitzende:**

Ruth Breyer

Hügelstraße 9

64367 Mühltal

06151/9510710

ruth-breyer@t-online.de

www.spd-muehltal.de

**Gesamtherstellung:**

Ralf-Hellriegel-Verlag

64297 Darmstadt

Tel. 06151/880063

## Haus Waldeck – Vorgeschichte und Aktuelles

Nach Schließung des Kinderheimes der Stadt Darmstadt fand ein Workshop statt, in dem diverse Anbieter sich Gedanken u.a. über die Errichtung eines Alten- und Pflegeheimes machen sollten. Das Ergebnis war ernüchternd: Von zwei Anbietern, die in die engere Auswahl genommen wurden, verfehlte der eine die Aufgabenstellung komplett, der andere plante nur für die eigene Profitoptimierung. Dann passierte erst einmal nichts.

Schließlich kaufte Mühlthal das Gelände, um Mühlthaler Vorstellungen dort besser durchsetzen zu können. Ein Arbeitskreis erstellte ein zukunftsorientiertes Nutzungskonzept für das Areal Waldeck. Es sollte ein



Bild: Ralf Heitregel

Senioren-Dienstleistungszentrum mit Vorbildcharakter werden. Alle Mühlthaler Parteien waren sich einig – so sollte es geschehen

Dann griff die Nieder-Ramstädter Diakonie (NRD) ein. Sie erkannte das Konzept als innovativ und zukunfts-trächtig, wollte es aber auf ihrem eigenen Gelände realisieren. Die Bürgermeisterin ist voll auf der Seite der NRD und lässt andere Bewerber nicht zu. CDU und Grüne verhelfen der Bürgermeisterin bei einem sog. Grundsatzbeschluss für die Diakonie zu einer denkbar knappen Mehrheit von einer Stimme. Die Mühlthaler SPD kämpfte bis zuletzt für ein Seniorenpflegeheim mit weiteren Senioren-Dienstleistungen wie Kurzzeit-Pflege, betreutes und behindertengerechtes Wohnen, Wohnen für Demenz-Kranke, Hospizbetreuung usw. Ferner sollten Wohnideen für Senioren-Wohngemeinschaften und „junges Wohnen“ entstehen. Die SPD

wünschte sich auf dem Areal Waldeck ein lebendiges Wohnquartier mit dem Ziel aktiver Nachbarschaft. Als demokratische Partei unterwirft sich die SPD selbstverständlich Mehrheitsbeschlüssen und versagt sich nicht einer weiteren Arbeit für zukunftsorientiertes Seniorenwohnen in Mühlthal. Auch wenn dies in Wahlkampf-broschüren der CDU bewusst verfälscht dargestellt wird: Schwarz auf Weiß/CDU: „Es wurde bei einer Gemeindevertreter-sitzung ein demokratischer Mehrheitsbeschluss gefasst, der bei SPD und FDP keine Akzeptanz finden konnte ... Bei den Kritikern handelt es sich um eine Minderheit, die einfach nicht akzeptieren wollte, dass hier von Mühlthaler Bürgern gewählte Parlamentarier, in der Sache wohlüberlegt, entschieden haben.“ Die Wahrheit sieht anders aus, die CDU-Broschüre müsste eher „Tiefschwarz auf Gräulich“ heißen. Für die künftige Nutzung des Areals Waldeck wurde von der Gemeindevertretung auch auf Antrag der SPD die Lenkungsgruppe Waldeck/NRD eingerichtet, die die künftige Nutzung des Geländes fachlich begleiten sollte. Mit der Städteplanerin Frau Holz wurde eine fachkompetente Moderatorin, wie von der SPD gefordert, gefunden und Zielplanungen formuliert. Drei Stadtplanungsbüros wurden mit einem städtebaulichen Vorentwurf beauftragt – die Ideen eines Darmstädter Büros fanden mehrheitliche Zustimmung. Kern der Planung ist eine größere Baueinheit für Mehr-generationenwohnen, aber auch andere senioren-gerechte Wohnformen wie Wohngemeinschaften, barrierefreies Wohnen, Wohnen für Menschen mit Handicaps sollten möglich sein. Dafür haben sich SPD-Kommunalpolitiker wie Dagmar-Astrid Wagner und Volker Busch eingesetzt. Ein sog. informelles Interessenbe-kundungsverfahren ist jetzt ausgelobt worden. Interessierte Bürger, aber auch Wohngesellschaften und Genossenschaften können sich bewerben. Scheitert die konzeptionelle Idee einer Quartiersbildung der beschriebenen Art, dann stirbt auch die historische Sozialidee auf dem Areal Waldeck und es verbleibt ein reines hochpreisiges Wohngelände. Eine Nobelschlafdependance der Stadt Darmstadt wäre die Folge. Dies will die SPD mit ihrem Engagement für dieses Gelände im Interesse Mühlthals verhindern. Bei der anstehenden Kommunalwahl 2011 muß deshalb eine gestärkte SPD-Fraktion als Regulativ in die Gemeindevertretung einziehen. Mit uns kann man konstruktiv und erfolgreich arbeiten. Auf eins aber legen wir großen Wert: Wir möchten, dass die Regeln fair eingehalten werden.

*Volker Busch/Gerhard Giebenhain*

## Mitmachen bei der direkten Demokratie: Kommunalwahl am 27. März 2011

Der bei vielen Bürgern unseres Landes vorhandene Politik-Frust ist meines Erachtens eine Gefahr für die Demokratie. Jeder Bürger sollte sich klarmachen, wie viel Engagement und Energie unsere Vorfahren aufbrachten, um eine solche Regierungsform zu erreichen. Wie viele haben um die sozialdemokratischen Grundwerte von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gekämpft.

Deshalb ist es für mich wichtig, sich einzubringen in jeglicher Art und Weise, sei es in Institutionen und Vereinen oder gerade jetzt sich als wählbaren Bürger auf unsere Liste zu den bevorstehenden Kommunalwahlen setzen zu lassen. Auch oder gerade in Zeiten knapper Kassen ist es wichtig, praktische Kommunalpolitik zu betreiben.

Die ehrenamtliche Funktion als Gemeindevertreter/in bietet eine Plattform, um sich mit Gleichgesinnten für vielfältige Aufgaben in der eigenen Gemeinde einzusetzen. Das große Tätigkeitsfeld reicht vom Kleinkind über Schulen bis zu den Älteren Mühlthals, erfolgreiche Förderung und Umsicht für die örtliche Wirtschaft, im Hinblick auch auf den Erhalt von Arbeitsplätzen, Verkehrsinfrastruktur, Vereine, richtiges Einsetzen der Finanzen ... Die Liste ließe sich noch um einiges erweitern.

Für die SPD Mühlthal ist es deshalb nötig und wichtig, dass sich Bürger/innen für dieses Amt zur Verfügung stellen. Wir sprechen deshalb nicht nur SPD-Mitglieder, sondern auch andere Einwohner Mühlthals an, die gerne mit uns und für uns Gemeindepolitik betreiben möchten. Die Vorsitzende der SPD Mühlthal Ruth Breyer, Tel. 06151-9510710, gibt Ihnen bei Fragen gerne Auskunft oder nennt Ihnen einen Besprechungstermin.

**Die SPD Mühlthal freut sich  
auf eine gute Zusammenarbeit  
zum Wohle unserer liebenswerten Heimatgemeinde.**

*Marianne Hohlmann  
Gemeindevertreterin für die SPD*

**Direkt gewählt – direkt erreichbar!**



**Bürgersprechstunde**

**Fr., 3.9. ab 16 Uhr**

**Bitte melden Sie sich an:**

**Wilhelminenstr. 7a • 64283 Darmstadt**

**Tel.: 0 61 51 – 3 60 50 78**

**[www.brigitte-zypries.de](http://www.brigitte-zypries.de)**

Für Sie in Mühlthal  
politisch aktiv

## HUFA - Haupt- und Finanz-Ausschuss

Die Gemeindevertretung (GVE) kann zur Vorbereitung der Beschlüsse Ausschüsse bilden und diese Ausschüsse mit der Beschlussfassung von Angelegenheiten beauftragen. Der einzige Ausschuss, der grundsätzlich gebildet werden muss, ist der Haupt- und Finanzausschuss (HuFA). In diesem Ausschuss

werden alle Beschlüsse der GVE, die insbesondere finanzielle Angelegenheiten, Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Satzungsrecht betreffen, vorbereitet. Die SPD ist im Ausschuss mit drei Mitgliedern vertreten und stellt mit Walter Göbel den stellvertretenden Ausschussvorsitzenden.



**Walter Göbel:** Seit 1965 wohne ich in Traisa und bin seit 1972 in der SPD und im Verkehrsverein Traisa tätig. Von Anfang an war ich in der SPD und im Verein in die Vorstandarbeit eingebunden. Die Ausübung von ehrenamtlichen Tätigkeiten ist für mich sehr wichtig, denn nur dadurch kann das Zusammenleben der Menschen innerhalb einer Gemeinschaft wie z.B. der Gemeinde Mühlthal gestützt und gefördert werden.



**Volker Busch:** Mitglied der Gemeindevertretung, der Lenkungsgruppe Waldeck/NRD, der Verhandlungsgruppe NRD. Mein berufliches Umfeld hilft bei der Beurteilung von Bauangelegenheiten und städtebaulichen Fragen. Als stellvertretender Vorsitzender des Seniorenbeirates liegt mir die Seniorenpolitik besonders am Herzen.



**Uwe Reichardt:** Seit 1962 wohne ich in Traisa und bin seit 1985 SPD-Mitglied. Ich bin auch in der FFW Traisa und der TG Traisa tätig. Die Ausübung von ehrenamtlichen Tätigkeiten ist für mich sehr wichtig, denn das erfolgreiche Zusammenleben von Menschen ist nur durch ehrenamtliches Engagement möglich.

## UEBA – Umwelt-, Entwicklungs- und Bau-Ausschuss

Die Gemeindevertretung als oberstes Organ der Gemeinde kann zur Vorbereitung von Beschlüssen Ausschüsse bilden. Der UEBA ist einer der drei ständigen Fachausschüsse. Zu seinen Aufgaben gehört, Empfehlungen zur

strukturellen und wirtschaftlichen Entwicklung Mühlthals zu geben. Zum Beispiel: Gewerbeansiedlung, Verkehrsführung, Wohnbebauung, Verbesserung der Infrastruktur und der Lebensqualität. Die SPD ist im Ausschuss mit drei Mitgliedern vertreten.



**Ulrich Wojahn:** Seit 1991 SPD-Mitglied. Seit dieser Zeit bis heute Mitglied des Ortsbeirats von Nieder-Ramstadt (2001-2006 Ortsvorsteher von Nieder-Ramstadt). 1994 Gemeindevertreter, seit längerem stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Zeitweise UEBA-Vorsitzender. Seit 2000 Schiedsmann, schlichte ich insbesondere Nachbarschaftsstreitigkeiten. Zum Ortsgerichtsvorsteher bin ich 2008 vom Amtsgericht berufen worden.



**Dr. Dietrich Teuchert:** Das Wohl der Bürger ist zu fördern. Neue Bau- und Gewerbegebiete nur allgemeinwohlverträglich: Nicht am Dippelshof oder Vogelteich. Sinnvolle Verkehrsberuhigung. Ausbau Rad- und Wanderwege und der Parkflächen am Bahnhof. Schutz von Landschaft und Natur: Mittelbachtal erhalten, keine gewerbliche Nutzung des Steinbruchs Nieder-Ramstadt (Grundwasserschutz!). Förderung alternativer Energien.



**Dr. Gerhard Giebenhain:** Ortsbeirat Frankenhausen, Gemeindevertretung Mühlthal, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Arbeitskreis Verkehrskonzept, Agenda-Lenkungsgruppe. Persönliche Schwerpunkte: Verkehrsfragen und soziale Anliegen. Ziele: Weiterentwicklung eines lebenswerten Mühlthals, Abwehr von sozialer Kälte.